Mittwoch, 10. Juni 1925 · 73. Jahrgang Nr. 271

Berliner Volks-Zeitung

Abend-Ausgabe
Einzel-Nummer 10 Pfennig

Chefredakteur: Otto Nuschke, Berlin. Stellv. Redakteur: ...

Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin.

Einheitsbrot	0,50	Reichsind	
Milch	0,29	Strassenb	
Briketts Keller Ztr.	1,57	Hochb. Tiet	
Gaskoks Keller Ztr.	2,22	ganze Str. II	
Strom o. Grundgeb.	0,16	Stadtbahr	
Gas 0,18, Wasser	0,17	Omnib. Tei	

Letzte Kleinhandelspreise der Berliner Zentralmarkthalle

Zufuhr in Gemüse reichlich, in Obst genügend; Preise: Spargel gestiegen, sonst wenig verändert

Kopfsalat 0,15—0,20, Spinat 0,15 bis 0,25, Schoten 0,50—0,55, Kohlrabi Mandel 0,60—0,70, Mohrrüben Bund 0,30—0,[illegible] Blumenkohl 0,50 [illegible] ...ser-ber 0,15 bis 0,25, Pfirsichfleisch 0,40—0,90, Erdbeeren 0,50—1,20, Stachelbeeren 0,30—0,35, Spargel 0,60 bis 1,25, Kirschen 0,50—0,75, Gurken 0,50—0,90, Aepfel 0,20—0,70 d. Pfd.

Tel. 0,15, ausw. n. Zon. u. Zeit | Telegr. d. Wort Berlin 0,05
Rohrpost k. 0,36, brief 0,40 | Dtschl., Belg., Dän., Danz., Lit.
Postk. 0,03, F. u. Oest. 0,05 | Ndrl., Schweiz 0,10, Frankr. 0,16
Ausl. 0,15, Tschech. u. Ung. 0,10 | Dtschöster., Norw., Tschech. 17
Brief 0,05, Fern- u. Oest. 0,10 | Ital. 18, Ungarn 21, Grossbrit. 27
Ausl. 0,25, Tschech. u. Ung. 0,20 | Russl. 35-41, Ver. Staat. 125-245

Kein ei... Rheinlandpakt!

Die Entstellungen in der Havas-...ntlichung – Wie weit England sich engagiert
Lebhafte Prote... der Londoner Linkspresse

London, 10. Juni. (W. T. B.)

Der Parlamentsberichterstatter des „Daily Expreß" schreibt, das Kabinett werde heute zusammentreten, um weitere Punkte im Zusammenhang mit dem Sicherheitspakt zu erörtern. Weitere Informationen zeigten, daß die französische offiziöse Mitteilung über das englisch-französische Abkommen wichtige Seiten der Fragen ausgelassen habe. Der geplante Pakt werde vom Parlament eingehend geprüft werden, um die genaue Natur der britischen Verpflichtungen festzustellen. Der amtlichen Ansicht zufolge würden die britischen Streitkräfte nur im Fall eines nicht herausgeforderten Angriffs Deutschlands auf Frankreich oder umgekehrt gebraucht werden und in keinem Fall außer unter der Autorität des Völkerbundes, dem Deutschland beitreten müsse, bevor der Pakt wirksam werde. Es sei besonders betont worden, daß nur die Westgrenzen garantiert werden und daß Deutschland nicht gezwungen werden solle, das Abkommen anzunehmen.

Wer wird betrogen?

London, 10. Juni. (W. T. B.)

Die „Daily News" schreiben in einem Artikel, wenn die Bedingungen des getroffenen Uebereinkommens so sind, wie sie der französische offiziöse Bericht darstellt, und wie sie in der Presse ausgelegt werden, so würde Europa mit dem grotesksten diplomatischen Betrug, der seit dem Waffenstillstand begangen wurde, geprellt worden sein. Das Blatt kann nicht glauben, daß Briand die britische Regierung überredete, eine Verbindung zum Schutz Frankreichs gegen Deutschland zu treffen ohne eine Vereinbarung, welche Deutschland gegen Frankreich schützt. Die von Havas gebrauchte Sprache sei die des Krieges. Die Veröffentlichung sei ein unheilvolles Dokument, das mit seinem kriegerischen Triumph, mit seiner herausfordernden Andeutung, daß Großbritannien als widerstandsloses Opfer an den französischen Kriegswagen gespannt werden solle, sich als ein nicht herausgeforderter Affront gegenüber Deutschland und als eine Bedrohung der Sache des friedlichen Wiederaufbaus kennzeichne.

Die „Westminster Gazette" sagt, die französischen Andeutungen würfe die ernstesten Fragen auf. Wenn ihnen Glauben geschenkt werden solle, so habe die Regierung etwas getan, was niemand erwartete. Was Frankrei chwünschte, war ein antideutscher Pakt, den keine britische Regierung unterzeichnen könnte. Es scheine unglaublich, daß die britische Regierung einen so gefährlichen Handel abschließe.

Das diplomatische Durcheinander

Dem diplomatischen Berichterstatter des „Daily Herald" zufolge ist gestern in britischen amtlichen Kreisen vollkommen in Abrede gestellt worden, daß ein Abkommen, wie es in Paris geschildert wurde, erzielt worden sei, oder auch nur in Aussicht genommen werde. In Genf sei nur der Inhalt der nach Berlin zu sendenden Note vereinbart worden. Es werde eine Vorfreundschaftliche Note sein, die den deutschen Vorschlag eines Paktes gegenseitiger Garantien begrüße und ganz allgemeine Grundsätze niederlege. Es sei versichert worden, daß von einer einseitigen Allianz keine Rede sein könne. Jeder Pakt müsse vollkommen gegenseitig sein.

*

Der Berichterstatter bezeichnet die augenblickliche Lage als erstaunlich sowie als einen Rekord im diplomatischen Durcheinander. Was sei die Deutung? Mache die französische Regierung aus Gründen der Innenpolitik geltend, daß Briand von Chamberlain etwas herausbekommen habe, was er tatsächlich nicht erhielt, oder habe Chamberlain die formelle Note, die er Briand aushändigte, durch formelle Zusicherungen ergänzt, so daß ihre unbestimmte Fassung in Wirklichkeit ein englisch-französisches Militärbündnis bedeute, und habe der Quai d'Orsay indiskreterweise das Geheimnis verraten?

Die Opposition der Dominions beginnt
Kanada macht den Pakt nicht mit

Ottawa, 10. Juni. (W. T. B.)

Im Unterhaus erklärte der Premierminister Mackenzie King in Erwiderung auf eine Anfrage, Kanada sei nicht Teilhaber an dem Pakt zwischen Großbritannien und Frankreich bezüglich der Garantie der Rheingrenzen.

Schnelldienst

Briand verläßt heute nachmittag im Automobil Genf. Er wird Donnerstag vormittag in Paris eintreffen.

Die Internationale Arbeitskonferenz in Genf ist heute vormittag mit einer Rede ihres Vorsitzenden, Dr. Benesch, geschlossen worden.

Beim 13. bis 20. Juni findet in Breslau die 50. Tagung des deutschen Gastwirtsgewerbes, verbunden mit einer Fachausstellung, statt.

In Graz (Steiermark) traf der erste Zug mit reichsdeutschen Kindern ein.

Nach Meldungen aus Algier sind dort drei Kommunisten wegen antimilitaristischer Propaganda verhaftet worden.

Die Gefahren des Eisenzolls

Süddeutsche Handelskammern gegen die schwerindustriellen Pläne

Die Bestrebungen einiger weniger Großkonzerne, sich die deutsche Volkswirtschaft unterzuordnen, kommen in der Zollvorlage der Reichsregierung klar zum Ausdruck. Vor allem ist es der Eisenzoll, der der deutschen Schwereisenindustrie die Vorherrschaft über die ganzen weiterverarbeitenden Gewerbe der Eisen- und Maschinenbranche sichern soll. Abgesehen davon, bringt der Eisenzoll der Schwerindustrie außerordentliche Mehrgewinne durch die künstliche Hochhaltung der Inlandspreise, durch die sie sich schadlos halten kann, wenn sie teilweise zu billigeren Preisen Eisen und Stahl in das Ausland absetzt. Es ist deshalb besonders beachtenswert, daß vor allem eine Reihe süddeutscher Handelskammern, wie die von Nürnberg, Reutlingen, Karlsruhe u. a., vom Standpunkt der weiterverarbeitenden Industrie aus den Zollbestrebungen der Schwerindustrie mit aller Energie entgegentreten. Mit besonderem Nachdruck hat auch neuerdings die Münchener Handelskammer ihren der Schwerindustrie entgegengesetzten Standpunkt hervorgehoben. Während die Schwerindustrie sogar noch eine Erhöhung des Eisenzolles über den Vorkriegssatz hinaus gefordert hat, hält die Münchener Handelskammer unter den gegenwärtigen Umständen eine Herabsetzung des Vorkriegszollsatzes für notwendig; sie macht dafür die folgenden Gesichtspunkte geltend: Vor dem Kriege hatte Deutschland, als es noch Lothringen und Ostoberschlesien besaß, einen starken Ausfuhrüberschuß an Roheisen, Halbzeug und Walzwerkserzeugnissen. Infolge der Abtretung dieser Gebiete aber ist ein erheblicher Einfuhrbedarf entstanden, den die deutsche eisenschaffende Industrie kaum wird selbst decken können. Durch den Eisenzoll aber würde nun einzig und allein der Schwereisenindustrie ein Plus geschaffen, das der eisenverarbeitenden Industrie voll zur Last fiele. Weiterhin wird geltend gemacht, daß die Aufnahmefähigkeit des deutschen Inlandsmarktes infolge der allgemeinen Verarmung außerordentlich gesunken sei, woraus sich für die eisenverarbeitende Industrie die Notwendigkeit ergäbe, den Export mit allen Mitteln zu heben. Die Aufrechterhaltung der bisherigen Eisenzölle oder gar eine Erhöhung würde aber die Selbstkosten der eisenverarbeitenden Industrie derart steigern, daß ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt überhaupt in Frage gestellt würde. Insonderheit gilt das für die deutsche Maschinenindustrie.

Aber nicht nur die auf den Export angewiesene weiterverarbeitende Industrie, sondern auch die deutsche Verbraucherschaft hätte durch den vorgeschlagenen Zollsatz — von einer Erhöhung des Zolles ganz abgesehen — infolge der Preissteigerung aller Eisenfabrikate nur Nachteile zu erwarten, vor allem würde das deutsche Baugewerbe davon betroffen, dann aber auch die Landwirtschaft infolge der Verteuerung der landwirtschaftlichen Maschinen. Das, was der deutschen eisenverarbeitenden Industrie nottut, um ihre Produktionskosten zu verbilligen, ist — wenn man von einer Erleichterung der steuerlichen Lasten absieht, — in erster Linie die Herabsetzung der Preise aller Grundstoffe. Diese Notwendigkeit aber würde der vorgeschlagene Eisenzollsatz durchkreuzen. Es wird deshalb von der Münchener Handelskammer ein wesentlich niedrigerer Satz als der von der Regierung vorgeschlagene gefordert, der genügen würde, um die durch die Valutaentwertung in Frankreich, Belgien, Italien, Tschechoslowakei ermöglichte billigere Konkurrenz abzuwehren.

Eine erhöhte Rücksichtnahme auf die Interessen der weiterverarbeitenden Industrie erscheint auch schon deshalb notwendig, weil diese viel weniger als die gewaltigen Konzerne der Schwereisenindustrie imstande ist, die gegenwärtigen schweren Wirtschafts- und Kreditverhältnisse zu überwinden. — Sodann ist vor allem zu bedenken, daß die eisenverarbeitende Industrie heute etwa siebenmal soviel Menschen beschäftigt, als die eisenschaffenden Werke; während der Eisenerzbergbau, die Eisen- und Stahlindustrie rund 322 000 Arbeiter enthalte, weise die Maschinen- und Metallindustrie beinahe 2 100 000 Arbeiter auf. Schon deshalb müsse die Wirtschaftspolitik den Interessen der weiterverarbeitenden Industrie in weitestem Maße Rechnung tragen. Eine durch Eisenzoll bedingte Absatzstockung der weiterverarbeitenden Industrie würde sich entsprechend der siebenmal größeren Arbeiterzahl verhängnisvoll auswirken.

Man wird zweifellos den süddeutschen Handelskammern, vor allem auch der Münchener Handelskammer, nicht vorwerfen können, daß sie etwa „antikapitalistisch" oder „demokratisch" eingestellt seien. Die Stimmen der süddeutschen Handelskammern werden deshalb selbst von der

Großkampf gegen das Koalitionsrecht

Aussperrung aller freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter in der Holzindustrie

Der Landesverband Brandenburg im Arbeitgeberverband für die deutsche Holzindustrie hat seinen Mitgliedern einen Beschluß zugestellt, in dem es heißt:

„Zwecks geschlossener Abwehr der maßlosen, sich kurz wiederholenden Lohnforderungen der Holzarbeiter, hat unser Spitzenverband die **restlose Aussperrung aller Holzarbeiter des Deutschen Reiches** bis zum Sonnabend beschlossen."

Der recht eigenartige Nachsatz lautet:

Alle Arbeiter, die dem **Deutschen Holzarbeiterverband nicht angehören und dies unterschriftlich bescheinigt haben, oder noch bescheinigen, werden mit voller Arbeitszeit weiter beschäftigt.**"

Mit diesem Beschluß leiten die Arbeitgeber einen Großkampf gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter ein, der aller Voraussicht nach, an Schärfe der gegenseitigen Kampfmethoden die Bewegungen der letzten Jahre weit übertreffen wird. Der deutsche Holzarbeiterverband ist eine große, kampfgewöhnte Organisation, der seine Mitglieder siegreich durch viele Massenaussperrungen geführt hat. Wir erinnern z. B. an den hoffnungslosen Kampf, den der Innungsmeister Rahardt 1907 gegen die Holzarbeiter führte.

Die jetzige Aktion der Holzindustriellen richtet sich ja nicht so sehr gegen die „maßlosen" Lohnforderungen, sondern vor allem gegen die gewerkschaftliche Geschlossenheit der Holzarbeiter, die sich in ihren einheitlichen Tarifverträgen dokumentiert. Der Holzarbeiterverband richtete sein Hauptaugenmerk nach dem Kriege auf den Abschluß eines gleichmäßigen Reichstarifes für alle Holzarbeiter. Endlich im Jahre 1920 gelang die Schaffung eines solchen Vertrages. Der damalige Vertragspartner war der „Schutzverband der Arbeitgeber in der Holzindustrie". Nach Ablauf des ersten Tarifjahres verlangten die Arbeitgeber die bezirkliche Lohnregelung. Es wurde also ein Reichsmantelvertrag geschlossen, der Gültigkeit bis zum Februar 1924 hatte. Als auch dieser Vertrag abgelaufen war, weigerten sich die Industriellen, weiterhin auf eine zentrale Vereinbarung der Arbeitsbedingungen einzugehen. Die Holzarbeiter erkämpften sich danach bezirksweise Tarifverträge, die alle die gleichen Bedingungen hatten, also einem Reichsvertrag in nichts nachstanden. Damit waren die Bemühungen der Arbeitgebr, die geschlossene Front der Holzarbeiter zu durchbrechen, vereitelt.

Die Generalversammlung der Holzindustriellen beschloß nun in ihrer Generalversammlung, die am 13. Mai in Weimar tagte, einen Kriegsplan gegen die Arbeiterschaft. Die Bezirksverbände erteilten dem Hauptvorstand eine Vollmacht, alle Lohnverhandlungen in den Bezirksverbänden von sich aus zu überwachen.

In **Berlin** wurden diese Verhandlungen nun vom 5. bis 8. Juni geführt und plötzlich nach Erledigung der Vorbesprechungen vollständig grundlos abgebrochen. Den Verhandlungen im Reiche widerfuhr dasselbe Schicksal. Der nächste Schritt ist nun der Aussperrungsbeschluß. Sollte er zur Durchführung kommen, was nach dem Ernst der Lage nicht zu bezweifeln ist, dann setzen sich die Holzindustriellen **damit in schärfsten Widerspruch zur Reichsverfassung, die den Arbeitern das Koalitionsrecht garantiert.**

Der Reichsarbeitsminister hat die Pflicht, alles zu tun, um die Durchführung dieses scharfmacherischen Beschlusses zu verhindern.

Das sie greiche Flugzeug

Die Maschine des Siegers Loerzer, das Mercedes-Daimler-Sportflugzeug „L. 21", das zwei im Flügel sitzende, luftgekühlte Motoren besitzt und im Rundflug bewiesen hat, daß es eins unserer besten Leichtflugzeuge ist